



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.

European Dialogue

AUSSENPOLITIK DER EU AUS SICHT EUROPÄISCHER BÜRGER/INNEN

Werte, Sicherheit und das Veto-System



UMFRAGE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit
Europäisches Dialogprogramm Brüssel
Avenue de Cortenbergh 71
B - 1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 28209-35
Telefax: +32 2 28209-31

 /freiheit.org/eu

 /FNF Europe

 /fnfeurope

 /fnf_europe

Autor

Jules Maaten

Redaktion

Veronica Burgstaller
Sahra Lissek

Kontakt

Telefon: +49 (0)30 2201 2634
Telefax: +49 (0)30 6908 8102
E-Mail: service@freiheit.org

Stand

August 2023

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhalt

1	ZUSAMMENFASSUNG	6
2	METHODOLOGIE	6
3	VORWORT	8
4	UMFRAGEERGEBNISSE	11
5	FAZIT	22

1

Zusammenfassung

Die vorliegende Publikation stellt die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage vor, die vom Europäischen Dialogbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in Brüssel in Auftrag gegeben wurde und an der 2.752 EU-Bürger aus zehn Mitgliedstaaten teilnahmen.

Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen den wachsenden Wunsch der Europäer nach einer stärkeren EU- Außenpolitik. Der Krieg in der Ukraine hat europäische BürgerInnen dazu bewogen, die Rolle der EU und ihre Bedeutung für die Zukunft der europäischen Bürger zu hinterfragen und eine veränderte Wahrnehmung zu demonstrieren, bei der die EU nun als eigenständiger internationaler Akteur angesehen wird. Die Entscheidungen der EU zu Themen wie Handel, Kartellrecht und Umweltstandards werden zunehmend als von globaler Tragweite erkannt.

Die Umfrage zeigt, dass Europäer eine EU-Außenpolitik wünschen, die auf Werten basiert und die Sicherheit, Menschenrechte und Freiheit in den Vordergrund stellt.

2

Methodologie

Die Umfrage wurde von meute.nl durchgeführt und fand vom 14. bis 17. April 2023 in zehn Ländern statt: den Niederlanden, Belgien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Österreich, Ungarn, Tschechien, Finnland und Schweden. Durch die Befragung einer umfangreichen Stichprobe von 2.752 Teilnehmern wurde ein umfassendes Bild der öffentlichen Meinung in Europa gewonnen. Durch sorgfältige Analyse und Interpretation bietet die Umfrage wertvolle Einblicke in die Ansichten der Europäer über die Außenpolitik der EU.

Die Forschung umfasste 2 Arten von Fragen.

Einzelne Fragen: TeilnehmerInnen hatten vier Antwortmöglichkeiten: „stimme vollkommen zu“, „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“.

Multiple-Choice-Fragen: TeilnehmerInnen konnten zwei Antworten für jede Frage auswählen.



**Stichprobengröße von ca.
275 Personen pro Land**



10 EU-Länder



14. bis 17. April 2023



3 Vorwort

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine sind sich die EU-Mitgliedstaaten einig, dass eine robustere und geeinte europäische Außenpolitik notwendig ist. Der russische Angriff auf die Ukraine hat bei den EU-Mitgliedstaaten erhebliche Sicherheitsbedenken ausgelöst und zu einer Einsicht in die Notwendigkeit von Einigkeit und Solidarität angesichts gemeinsamer Herausforderungen geführt. Die EU-Länder sind besorgt über etwaige zukünftige Aktionen Russlands oder anderer Akteure, wie China. In Finnland zum Beispiel (siehe Grafik 2), einem Land in unmittelbarer Nähe zu Russland, sind sich die Teilnehmer der gestiegenen Sicherheitsbedenken in der sich verändernden Sicherheitslandschaft nach Russlands Handlungen in der Ukraine besonders bewusst. Dies hat zu einem breiten Konsens unter den EU-Ländern geführt, dass eine engere Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit für die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität unerlässlich ist.

Allerdings gibt es unter den Teilnehmern aus den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Ansichten zur nationalen Souveränität und zu den außenpolitischen Entscheidungen der EU. In Österreich, Ungarn und der Tschechischen Republik sind die BürgerInnen bei der Unterstützung von Änderungen am Vetosystem zurückhaltender (siehe Grafik 3). Dies könnte auf Befürchtungen, dass eine solche Änderung die nationalen Interessen und die Entscheidungsautonomie ihres Landes innerhalb der EU beeinträchtigen könnte, zurückzuführen sein.

Trotz dieser Unterschiede sind sich die Teilnehmer aus allen der 10 befragten EU-Mitgliedstaaten einig, dass das derzeitige Vetosystem im EU-Rat eine effiziente Entscheidungsfindung bei auf Sicherheitskrisen und außenpolitische Herausforderungen erschweren kann. Die Mehrheit der Befragten befürwortet den Übergang zu einem klaren Mehrheitswahlsystem, um die Entscheidungsfindung zu vereinfachen und die europäische Einheit zu stärken (siehe Grafik

4). Die Befragten aus diesen Ländern äußern den Wunsch, der neu gegründeten „Freundesgruppe für Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union „beizutreten, der derzeit Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Spanien angehören und die darauf abzielt, die derzeitigen Abstimmungsregeln für die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU zu reformieren. Diese Reform wird als fairer und gerechter angesehen, da sie sicherstellen würde, dass die Entscheidungen die Mehrheit der Mitgliedstaaten widerspiegeln und ein stärkeres Bild der EU als globaler Akteur vermitteln.

Beim Thema EU-Integration und Souveränität sprechen sich Franzosen und Deutsche für eine stärkere Führungsrolle zur Vertiefung der Integration aus (siehe Grafik 5), während TeilnehmerInnen aus den anderen Ländern ein Gleichgewicht zwischen nationaler Souveränität und EU-Zusammenarbeit bevorzugen.

Die Umfrageergebnisse zeigen auch eine Verlagerung der Schwerpunkte: Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie haben in der gemeinsamen Außenpolitik Vorrang vor dem Handel (siehe Grafik 7). Die Dringlichkeit, sich mit anhaltenden globalen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Rückschritten zu befassen, hat diese Themen an die Spitze der Agenda gerückt. Diese Schwerpunktverlagerung kann auch durch die bereits bestehende wirtschaftliche Integration und den Binnenmarkt der EU beeinflusst werden, wodurch handelsbezogene Themen im Vergleich zu Bereichen, die ein stärkeres gemeinsames Handeln erfordern, weniger wichtig werden.

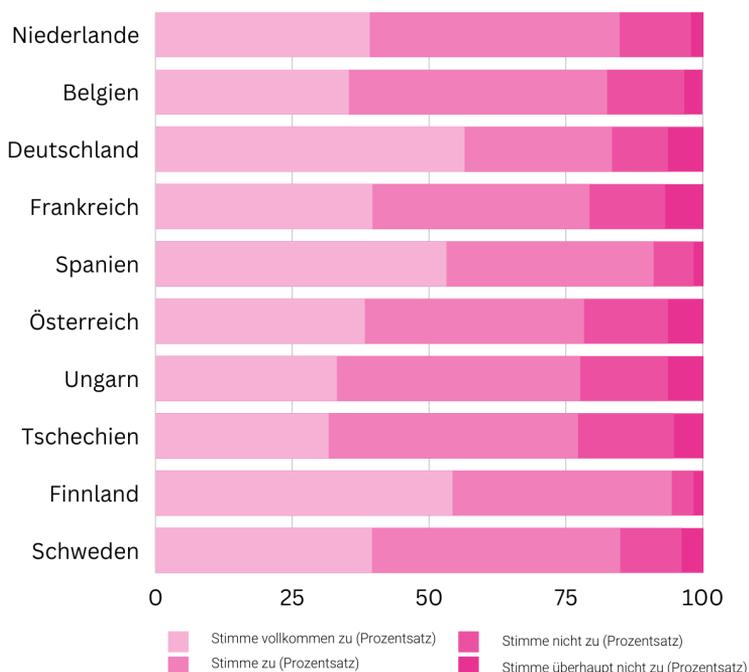
Die Befragten in allen 10 Mitgliedstaaten sind sich einig, dass es wichtig ist, die Sicherheit und Stabilität der EU zu schützen und die Menschenrechte und demokratischen Grundsätze weltweit zu

wahren. Obwohl es aufgrund unterschiedlicher Standpunkte und Prioritäten Herausforderungen gibt, gibt es einen klaren Ruf nach einer engeren Zusammenarbeit und einer stärkeren und einheitlicheren EU-Außenpolitik, um neue Bedrohungen und Herausforderungen in der europäischen Nachbarschaft und darüber hinaus anzugehen. Die aus der Invasion in der Ukraine gezogenen Lehren haben als Weckruf gedient und die Notwendigkeit einer robusteren Verteidigungshaltung und kollektiven Sicherheit unterstrichen, um wirksam auf Aggressionen von außen zu reagieren. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich kann zu einer stärkeren und geeinteren europäischen Haltung beitragen und weltweit ein starkes und prinzipientreues Bild der EU vermitteln. Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass eine einheitliche und wertorientierte EU-Außenpolitik, die sich auf Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie konzentriert, dringend notwendig ist.

4 Umfrageergebnisse

1. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine zeigt deutlich die Notwendigkeit einer stärkeren gemeinsamen europäischen Außenpolitik.

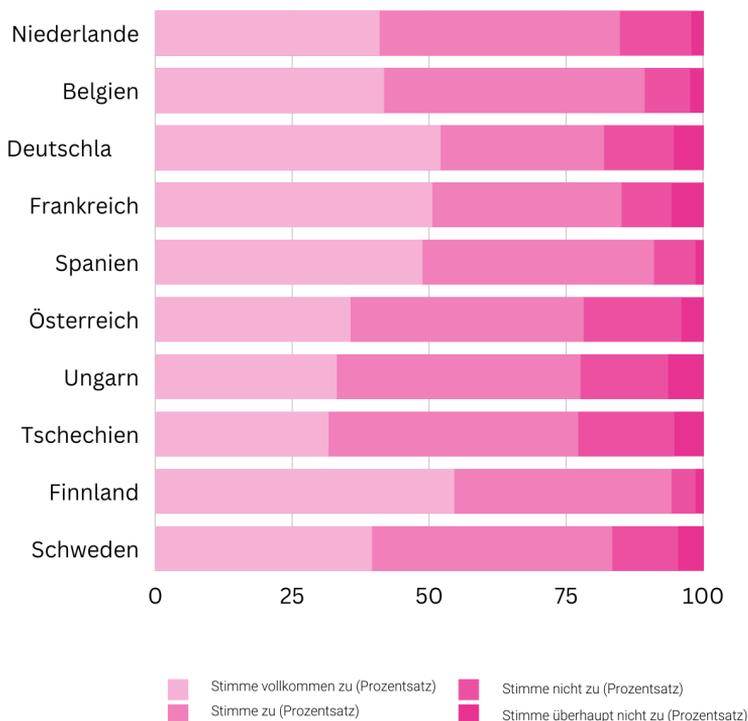
Die Befragten aller zehn EU-Länder stimmen mit einer überwältigenden Mehrheit von 56,4 % in Deutschland, 53,1 % in Spanien und 54,2 % in Finnland der Aussage zu. Die Zahlen zeugen von einem deutlichen Konsens unter den Mitgliedstaaten, der auf ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit eines gemeinsamen und einheitlichen Vorgehens angesichts externer Bedrohungen und Herausforderungen hindeutet. Dieses Ergebnis kann als ermutigender Schritt auf dem Weg zu einer einflussreicheren und wirkungsvolleren europäischen Außenpolitik gesehen werden, die globalen Krisen wirksam begegnen und die gemeinsamen Werte der Union schützen kann.



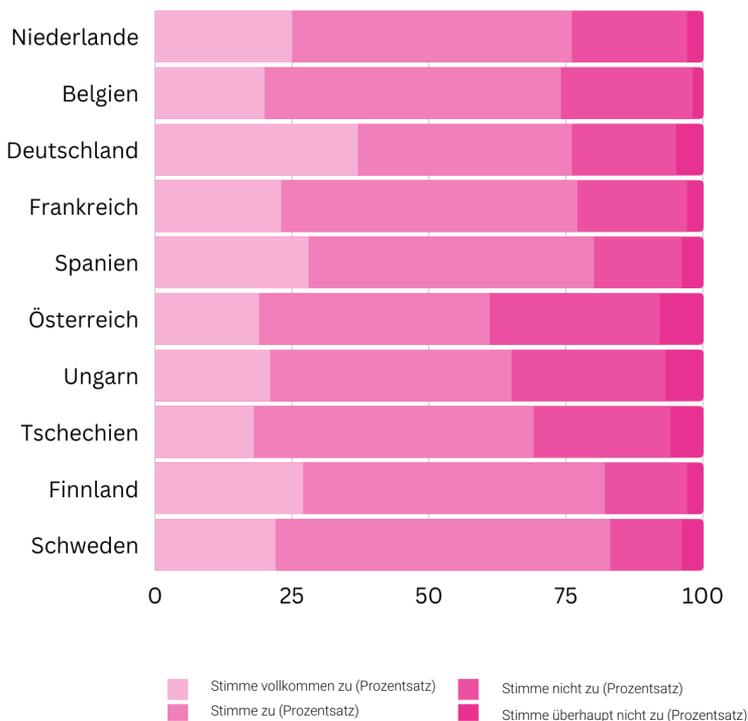
12 UMFRAGEERGEBNISSE

2. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine macht deutlich, dass es für die EU- Mitgliedstaaten an der Zeit ist, in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit enger zusammenzuarbeiten.

Die einstimmige Zustimmung der Befragten aus allen zehn EU-Ländern zu dieser Aussage spiegelt die gemeinsame Einsicht wider, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zum Schutz der Sicherheit und Souveränität Europas unerlässlich ist. Vor allem Befragte aus Deutschland und Frankreich, zwei der größten und einflussreichsten Mitgliedstaaten, zeigen mit 52,0 % bzw. 50,5 % starker Zustimmung eine deutliche Unterstützung. Dies deutet auf einen wachsenden Konsens zwischen diesen traditionell führenden EU-Nationen über die Notwendigkeit engerer Verteidigungsbeziehungen hin. Außerdem sticht Finnland mit einem noch höheren Prozentsatz von 54,5 % starker Zustimmung hervor, was den Ernst der Lage für ein Land nahe der russischen Grenze unterstreicht. Der hohe Grad an Übereinstimmung zwischen den Ländern deutet auf eine Bereitschaft hin, historische und geopolitische Unterschiede zu überwinden und kollektive Sicherheitsinteressen in den Vordergrund zu stellen.



3. Das Vetosystem des EU-Rates in außenpolitischen Fragen steht einer starken europäischen Antwort auf Sicherheitskrisen wie dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Wege.

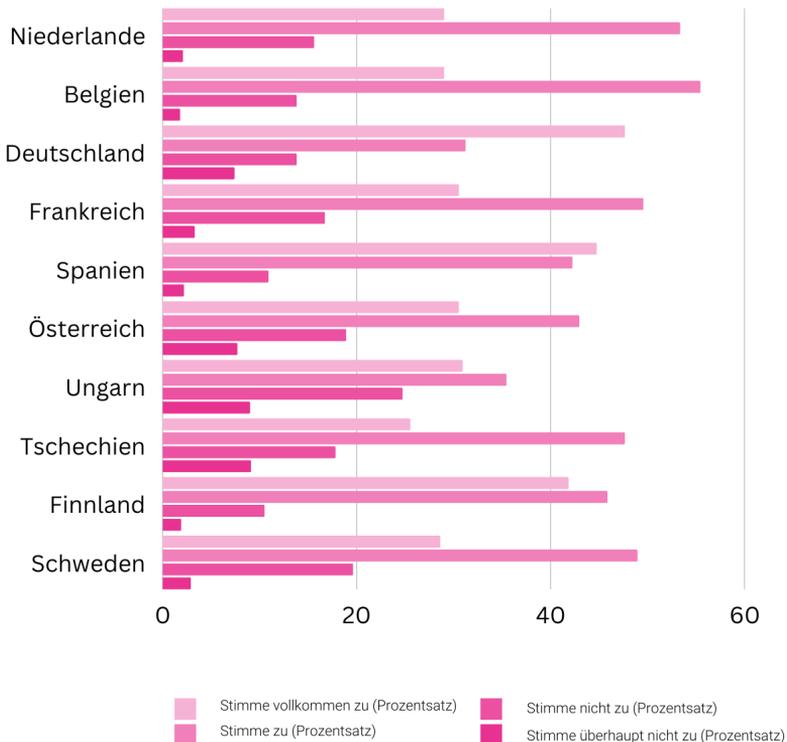


Die Ergebnisse in Abbildung 3 zeigen, dass alle Befragten anerkennen, dass das Vetosystem des EU-Rates eine einheitliche und robuste Reaktion auf Sicherheitskrisen wie die russische Invasion in der Ukraine erschwert. Es ist jedoch auffällig, dass die Befragten aus Österreich, der Tschechischen Republik und Ungarn der Aussage zwar zustimmen, aber mit 19 %, 18 % bzw. 21 % ein geringeres Maß an starker Zustimmung zum Ausdruck bringen und insgesamt nur zu 44 % zustimmen. Dies deutet darauf hin, dass es in diesen Ländern Vorbehalte gegen eine vollständige Abschaffung des Vetosystems im EU-Rat geben könnte.

4. Der EU-Rat sollte das Vetosystem in außenpolitischen Fragen reformieren und zu einem klaren Mehrheitssystem übergehen.

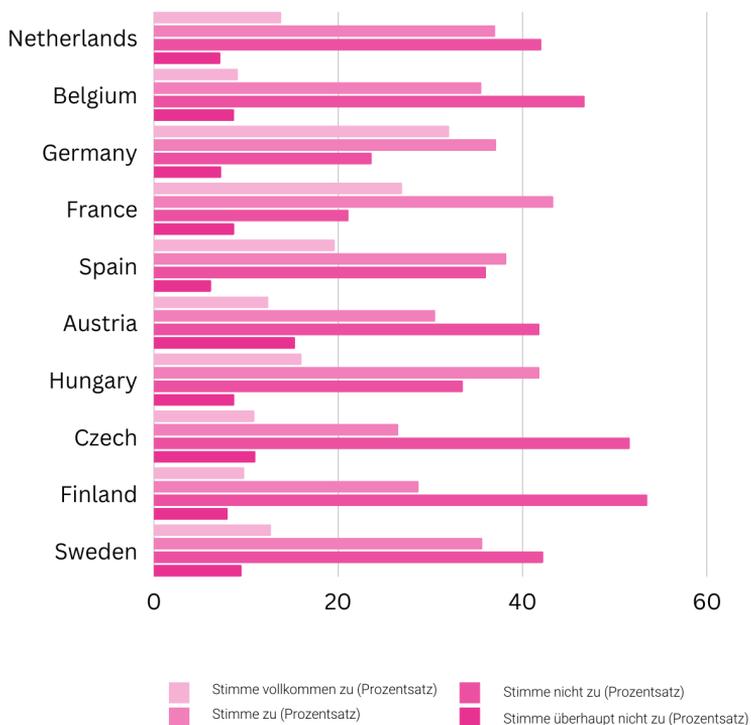
Auf die Frage, ob der EU-Rat das Vetosystem reformieren und zu einem klaren Mehrheitswahlsystem übergehen sollte (siehe Abbildung 4), äußerten ebenfalls alle zehn EU-Länder ihre Zustimmung. Die deutliche Unterstützung durch die Befragten in Finnland, Spanien, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Schweden, – unter denen Deutschland mit 47,6 % den höchsten Prozentsatz aufweist – deutet auf eine zunehmende Bereitschaft zu Veränderungen und den Wunsch nach einem effizienteren und entschlosseneren Ansatz für die außenpolitische Entscheidungsfindung innerhalb der EU hin.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass in allen EU-Mitgliedstaaten die Notwendigkeit für eine Reform des derzeitigen Vetosystems in



außenpolitischen Angelegenheiten allgemein anerkannt wird. Auch wenn der Zuspruch für Veränderungen unterschiedlich stark ausgeprägt sein mag, so zeigt der allgemeine Konsens doch eine Einigkeit, dass ein klares Mehrheitsvotum bei der Bewältigung von Sicherheitskrisen wie der russischen Invasion in der Ukraine effektiver sein könnte. Der Ruf nach Reformen aus einer beträchtlichen Anzahl von Ländern, darunter auch einige, die traditionell gegenüber Änderungen am Vetosystem zurückhaltend sind, signalisiert eine mögliche Veränderung zugunsten vereinfachter Entscheidungsprozesse innerhalb des EU-Rates. Durch eine solche Reform könnte die EU schneller und entschlossener auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren und ihre Position als geeinter und einflussreicher Akteur auf der Weltbühne stärken.

5. Deutschland und Frankreich sollten in Fragen der EU-Außenpolitik eine stärkere Führungsrolle übernehmen.



16 UMFRAGERGEBNISSE

Während die deutschen und französischen Befragten eine Führungsrolle ihres jeweiligen Landes befürworten, haben die Befragten aus den anderen EU-Ländern Vorbehalte gegenüber den möglichen Auswirkungen einer solchen Verschiebung der Machtdynamik. Der unterschiedlichen Grade der historischen Beteiligung in europäische Angelegenheiten, geopolitische Interessen und nationale Prioritäten tragen wahrscheinlich zu dieser Spaltung bei. Die Deutschen und die Franzosen selbst zeigen eine klare Neigung dazu: In Deutschland stimmen 32 % vollkommen zu und 37,1 % stimmen zu, während in Frankreich 26,9 % vollkommen zustimmen und 43,3 % zustimmen. Dies zeigt die Bereitschaft der beiden Länder, eine einflussreichere Rolle bei der Gestaltung der außenpolitischen Agenda der EU zu spielen.

Ein starker Gegensatz dazu zeigt sich jedoch, wenn man die Ergebnisse aus den anderen EU-Ländern betrachtet. Die starke Zustimmung zu dieser Aussage ist in allen anderen Ländern durchweg unter 20 %, und die Ablehnung erreicht in der Tschechischen Republik 51,6 %, in Finnland 53,5 % und in Belgien 46,7 %. Diese Zahlen deuten auf eine erhebliche Skepsis und Abneigung mehrerer Mitgliedstaaten hin, Deutschland und Frankreich eine dominantere Rolle bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik zuzugestehen.

6. Was ist die wichtigste Lehre für die EU aus der russischen Invasion in der Ukraine?

Die Mehrheit der Befragten aus der Tschechischen Republik, Ungarn, Österreich, Spanien und den Niederlanden betonten eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten als Reaktion auf die Invasion Russlands in der Ukraine und gaben dies als erste Wahl an. Dies spiegelt wahrscheinlich die gemeinsame Überzeugung wider, dass ein einheitlicher und kooperativer Ansatz notwendig ist, um Sicherheitsherausforderungen effektiv anzugehen und potenzielle Angreifer in Zukunft abzuschrecken. Als zweite Wahl unterstrichen Befragte aus Schweden, Finnland, Frankreich, Deutschland und Belgien Kooperation und Zusammenarbeit im Verteidigungswesen der EU.

Die Antworten verdeutlichen die Grenzen von Sanktionen und diplomatischen Maßnahmen allein und unterstreichen die Vorteile eines einheitlichen und besser koordinierten Ansatzes in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Erkenntnisse in konkrete Strategien und Maßnahmen umzusetzen, die die Fähigkeit der EU, Sicherheitskrisen gemeinsam zu bewältigen und die Interessen ihrer Mitglieder in einer zunehmend komplexen geopolitischen Landschaft zu schützen, stärken .

1

EU-Mitgliedstaaten müssen stärker zusammenarbeiten.



2

EU braucht eine stärkere Kooperation im Verteidigungswesen.



3

Sanktionen sind nicht genug.

7. Sollte die EU eine stärkere gemeinsame Außenpolitik betreiben, welche Prioritäten und/oder Merkmale sollte sie haben?

1 Sicherheit



2 Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie

3 Wirtschaftswachstum

Die Ergebnisse auf Frage 7 zeichnen ein klares Bild der überwiegenden Meinung der Befragten über die Prioritäten der europäischen Außenpolitik hin. An erster Stelle steht die Sicherheit, die von 1504 Befragten als wichtigster Aspekt der EU-Außenpolitik genannt wurde. Dies zeigt, dass die Notwendigkeit, die Fähigkeiten der EU zur Wahrung der Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedstaaten in einem zunehmend komplexen und unsicheren globalen Umfeld zu stärken, allgemein anerkannt wird. Dicht gefolgt ist die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie (1216 Befragte), was die Bedeutung der Aufrechterhaltung grundlegender Werte und Prinzipien in den Außenbeziehungen der EU unterstreicht. An dritter Stelle steht die Wirtschaft (858). Wirtschaftliche Erwägungen werden zwar ebenfalls als wichtig angesehen, aber nicht als so dringlich wie Sicherheits- und Menschenrechtsfragen. Die Bekämpfung des wachsenden Einflusses Chinas ist ebenfalls von Bedeutung und steht an vierter Stelle, was auf ein wachsendes Bewusstsein für die Herausforderungen hinweist, die sich aus Chinas zunehmender Präsenz auf der Weltbühne ergeben.

Diese Prioritäten spiegeln sich auch in den Antworten auf Frage 9 wider, in der die Befragten nach den Werten gefragt wurden, die für eine gemeinsame EU-Außenpolitik von zentraler Bedeutung sein sollten. Auch hier steht Sicherheit an erster Stelle, was auf ihre außerordentliche Bedeutung für die Gestaltung des EU-Ansatzes in internationalen Angelegenheiten hinweist. Überraschenderweise wurden die Menschenrechte als zweitwichtigste und die Freiheit als drittwichtigste Priorität gewählt.

Dies deutet auf ein gemeinsames Verständnis hin, dass eine robuste und prinzipienfeste Außenpolitik auf Sicherheit und Werte aufbauen sollte, die das Engagement der EU sowohl für die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten als auch für die globale Gemeinschaft widerspiegeln. Indem die EU die Bedeutung dieser Kernprioritäten und Werte anerkennt, kann sie eine einheitlichere und effektivere Außenpolitik entwickeln, die mit ihrer Mission der Förderung von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf der internationalen Bühne in Einklang steht.

- 1 Sicherheit (1504)
- 2 Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie (1216)
- 3 Wirtschaftswachstum (858)
- 4 Dem wachsenden Einfluss Chinas entgegenwirken (575)
- 5 Eine ausgeprägte geopolitische Position (521)
- 6 Verbreitung europäischer Werte (426)
- 7 Handel (404)

8. Was ist die größte Gefahr, der sich die EU derzeit gegenüber sieht und der wir mit einer stärkeren gemeinsamen EU-Außenpolitik begegnen könnten?

Auf die Frage nach der größten Gefahr, der sich die EU derzeit gegenüber sieht, nannten die Befragten drei Hauptprobleme. Die Bedrohung durch Putins Russland wurde von 8 von 10 Ländern als größte Gefahr genannt, was die anhaltende Besorgnis über Russland aggressives Vorgehen widerspiegelt. Nur in Österreich und Ungarn sehen eine Mehrheit der Befragten Einwanderung als Problem, das von der EU angegangen werden müsse. Innenpolitische Debatten und die öffentliche Meinung in Österreich und Ungarn könnten dazu beitragen, dass Einwanderung und Grenzsicherheit einen hohen Stellenwert erhalten, wodurch diese im Rahmen der EU-Außenpolitik zu einem wichtigen Anliegen wird. Dicht gefolgt von „Putins Russland“ und „Einwanderung“ ist der „wachsende Einfluss Chinas“. Chinas Menschenrechtslage und rasanten technologischen Fortschritte, insbesondere in Bereichen wie 5G und künstliche Intelligenz, haben Sorgen über Datenschutz und Cybersicherheit ausgelöst und verdeutlichen die potenziellen Herausforderungen, die ein autoritäres Regime für die wirtschaftlichen Interessen und Werte der EU darstellt.

1

Bedrohung durch Putins Russlands



2

Immigration



3

Wachsender Einfluss von China

9. Welche Werte sollten für eine gemeinsame EU-Außenpolitik im Mittelpunkt stehen?

1 Sicherheit (1578)

2 Menschenrechte (1165)

3 Freiheit (960)

4 Gleichberechtigung (625)

5 Selbstständigkeit (559)

6 Wohlfahrt (529)

7 Altruismus (88)

5

Fazit

Robuste europäische Außenpolitik: Die EU sollte sich die Einigkeit der EU-Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit einer robusteren und geeinten europäischen Außenpolitik zu eigen machen. Auf diese Weise kann die EU gemeinsame Probleme wirksam und gemeinsam angehen, und ein stärkeres Image als globaler Akteur mit gemeinsamen Werten und Grundsätzen vermitteln.

Sicherheit und Solidarität: Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat in den EU-Mitgliedstaaten erhebliche Sicherheitsbedenken ausgelöst. Die EU sollte die Bedeutung von Einigkeit und Solidarität unter den EU-Ländern als Reaktion auf externe Aggressionen betonen. Eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit würde die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität und die Gewährleistung der Sicherheit aller Mitgliedstaaten entscheidend beeinflussen.

Menschenrechte und Demokratie: Die Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze sollte im Mittelpunkt der Außenpolitik der EU stehen. Durch gemeinsame außenpolitische Entscheidung, die Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie zu gewährleisten, kann die EU mit gutem Beispiel voranschreiten und ihre Werte auf der internationalen Bühne vertreten.

Mehrheitswahl: Die EU sollte in Erwägung ziehen, den Übergang zu einem klaren Mehrheitswahlsystem zu unterstützen. Eine solche Reform würde es ermöglichen, die Entscheidungsprozesse zu einem fairen und gerechten Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten zu bringen und gleichzeitig die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Akteure zu berücksichtigen.

Werteorientierte Außenpolitik: Die EU sollte die Forderung nach einer einheitlichen und wertorientierten EU-Außenpolitik unterstützen. Die EU kann ihr Engagement für Menschenrechte, Demokratie und internationale Zusammenarbeit festigen, indem sie die Lösung globaler Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Rückschritte in den Vordergrund stellt.

